

Parlamentssitzung vom 12. Dezember 2005

Bericht und Antrag des Gemeinderates an das Parlament betreffend **Finanzstrategie 2006 bis 2010**

1. Einleitung

Der Gemeinderat legt dem Parlament alle vier Jahre eine Finanzstrategie zur Kenntnisnahme vor. Sie basiert auf einer finanz-, wirtschafts- und steuerpolitischen Ausgangslage. Als Orientierungshilfen werden sowohl die Haushaltsanierungen von Bund und Kanton herangezogen als auch eine vertiefte Analyse des eigenen Gemeindehaushalts vorgenommen. Der Gemeinderat kommt zum Schluss, dass zur finanziellen Führung des Haushalts sowohl eine verbindliche Strategie als auch finanzpolitische Ziele festgelegt werden müssen. Die noch zu bestimmenden Legislaturziele und auch die künftigen Finanzinstrumente (Voranschlag, Finanz- und Investitionsplan) werden in diese Strategie eingebunden.

2. Finanzstrategie des Gemeinderates

Der Bilanzfehlbetrag ist nach Gemeindegesetz innert acht Jahren abzuschreiben. Die bisherigen Sparanstrengungen reichen noch nicht aus, um den Haushalt bis 2009 nachhaltig zu sanieren. Es sind weitere Anstrengungen nötig, um ausgeglichene Rechnungen präsentieren zu können. Der Gemeinderat ortet aber auch ertragsseitiges Potenzial, welches durch eine gezielte Entwicklung der Gemeinde erschlossen werden kann. Deshalb will er das Eine tun und das Andere nicht lassen. Er verfolgt sowohl eine langfristige Entwicklung der Gemeinde mit der Finanzierung der notwendigen Gemeindeaufgaben als auch eine Umsetzung von Entwicklungsprojekten, welche die künftigen Einnahmen der Gemeinde sicherstellen sollen. Gleichzeitig - und als vordringliche Aufgabe - will der Gemeinderat die bisherigen Sanierungsmassnahmen bis 2009 noch verstärken.

3. Finanzpolitische Ziele

Der Gemeinderat hat sechs finanzpolitische Ziele verabschiedet, welche er bei seinen künftigen Entscheidungen respektieren will. Die Ziele entsprechen einem politischen Willen und sind für den künftigen Handlungsspielraum entscheidend. Sie sind jährlich überprüfbar und enthalten auch Meilensteine, wie zum Beispiel den Abbau des Bilanzfehlbetrages bis 2009, d.h. innerhalb der gesetzlichen Frist.

4. Antrag

Der Gemeinderat unterbreitet dem Parlament folgenden

Beschlussesentwurf:

Das Parlament nimmt Kenntnis von der Finanzstrategie 2006 bis 2010 des Gemeinderates.

Köniz, 9. November 2005

Der Gemeinderat

Beilage:

Bericht Finanzstrategie 2006 bis 2010

Finanzstrategie

2006 bis 2010

Parlamentssitzung vom 12. Dezember 2005

Köniz, 9. November 2005

Inhalt

1. ZUSAMMENFASSUNG	3
2. AUSGANGSLAGE	4
2.1 FINANZPOLITISCHE AUSGANGSLAGE	4
2.2 WIRTSCHAFTSPOLITISCHE AUSGANGSLAGE	6
2.3 STEUERPOLITISCHE AUSGANGSLAGE.....	7
3. HAUSHALTSANIERUNG BUND UND KANTON	8
3.1 AUSWIRKUNGEN DER SANIERUNGSMASSNAHMEN DES BUNDES.....	8
3.2 MASSNAHMEN DES KANTONS	8
4. ANALYSE DES GEMEINDEHAUSHALTES.....	9
4.1 ANALYSE DES AUFWANDES	9
4.2 ANALYSE DES ERTRAGES	10
4.3 ANALYSE DER BESTANDESRECHNUNG	11
4.4 ANALYSE DER SPEZIALFINANZIERUNGEN.....	12
4.5 ANALYSE DER INVESTITIONEN.....	13
5. FINANZSTRATEGIE 2006 - 2010	14
5.1 RAHMENBEDINGUNGEN	14
5.2 FINANZPOLITISCHE ZIELE	14
5.3 STRATEGIE DES GEMEINDERATES	15
5.4 SANIERUNGSMASSNAHMEN IN ZWEI SCHRITTEN	16
5.5 ENTWICKLUNGSPROJEKTE	17
5.6 GEMEINDELOBBYING	17
6. FINANZPLAN 2007 - 2010.....	17
6.1 FINANZPLAN	17
6.2 FÜHRUNGSTRUMENTE	18

1. Zusammenfassung

Die Gemeinde Köniz weist erstmals im Jahr 2001 einen Bilanzfehlbetrag aus. Dieser konnte dank Unterstützungsmassnahmen wie Landverkäufe und Neubewertungen teilweise abgebaut werden. Das Gemeindegesetz schreibt vor, dass der Bilanzfehlbetrag in acht Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung abzuschreiben ist. Die bisherigen Sparmassnahmen reichen noch nicht aus, um den Haushalt bis 2009 nachhaltig zu sanieren. Es klafft eine Lücke bis 2009 von rund 8 Mio.

Finanzstrategie des Gemeinderates

Der Gemeinderat verfolgt eine doppelte Strategie:

- Eine langfristige Entwicklung der Gemeinde mit der Finanzierung der notwendigen Gemeindeaufgaben und eine Umsetzung von Entwicklungsprojekten, welche die zukünftigen Einnahmen der Gemeinde sicherstellen werden (Pflege des Steuersubstrates).
- Gleichzeitig und als vordringliche Aufgabe will der Gemeinderat die bisherigen Sanierungsmassnahmen bis 2009 noch verstärken.

Finanzpolitische Ziele

1. Der Bilanzfehlbetrag ist in der gesetzlichen Frist bis 2009 abgebaut.
2. Die Steueranlage bleibt für die Jahre 2006 bis 2009 unverändert auf 1,54.
3. Ab 2009 soll Eigenkapital von mindestens zwei Steuerzehnteln gebildet werden.
4. Die Investitionen sind im Durchschnitt von vier Jahren aus eigenen Mitteln zu finanzieren (Selbstfinanzierungsgrad mind. 80 %)*
5. Die Spezialfinanzierungen sind effizient und kostendeckend zu führen.
6. Der Gemeindehaushalt ist ab 2009 ausgeglichen, vorbehalten grössere Kostenabwälzungen des Kantons.

* Bei Abschreibungen zwischen 6-8 % ist 100 % nicht erreichbar.

Massnahmen

Die finanzpolitischen Ziele werden mit drei Massnahmen unterstützt:

- Erstens sollen im Rahmen der Budgetierung 2006 Budgetverbesserungen von 4 Mio. realisiert werden (u.a. Kürzung der Investitionsquoten auf max. 8 Mio.).
- Zweitens soll durch eine gezielte Aufgabenüberprüfung in allen Direktionen ein Sanierungspaket 2007/2008 erarbeitet werden, welches Verbesserungen von jährlich wiederkehrend 2 Mio. pro Jahr realisiert.
- Drittens sind die Entwicklungsprojekte der Gemeinde zur Sicherung der zukünftigen Einnahmen voranzutreiben (Morillon, Ried, Hertenbrünnen, Rappentöri, ESP Liebefeld, Areal alte Migros, Bläuacker 2. Etappe).

Planung und Kontrolle

Das finanzrechtliche und finanzpolitische Instrumentarium muss es ermöglichen, die finanzpolitischen Zielsetzungen zu erreichen. Die einzelnen Instrumente (Voranschlag 2006, Finanz- und Investitionsplan 2007 - 2010) sind zu optimieren, sowie einerseits aufeinander und andererseits mit den Aufgaben abzustimmen. Die Verknüpfung mit den Legislaturzielen ist sicherzustellen. Die Überwachung der Einhaltung der finanzpolitischen Zielsetzungen ist als begleitende und nachträgliche Kontrolle auszugestalten.

Analyse

Der Gemeinderat hat an zwei Klausuren im März und Juni 2005 eine gründliche Analyse des Finanzhaushaltes und des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes durchgeführt. Sie wird im Strategiepapier in ihrer Essenz wiedergegeben (Folien im Intranet auf Anfrage erhältlich).

2. Ausgangslage

2.1 Finanzpolitische Ausgangslage

Im Jahr 2004 fiel die Gemeinderechnung bereits zum zweiten Mal ausgeglichen aus. Dank der einmaligen a.o. Erträge von 7,3 Mio. (diverse Landverkäufe) resultierte ein Ertragsüberschuss von rund 1,5 Mio., welcher zur Abschreibung des Bilanzfehlbetrages verwendet wurde. Die Investitionen wurden zu 97 % selbstfinanziert. Der Bilanzfehlbetrag betrug noch rund 7,9 Mio. Franken (1 Steuerzehntel = 5 Mio.).

Die Rechnungen im Mehrjahresvergleich

*) 7,3 Mio. Neubewertung der ARA Aktien

Zahlen in Fr. 1'000	RG 2001	RG 2002	RG 2003	RG 2004	VA 2005	VA 2006
Ertrag (o/ a.o. Erträge)	187'848	155'441	159'916	*)172'433	171'513	179'455
Aufwand (o/Abschreibungen)	197'469	157'978	156'518	*)167'506	164'418	173'386
Aufwandüberschuss	-9'621	-2'537	-	-	-	-
Ertragsüberschuss	-	-	3'398	4'927	7'095	6'069
a.o. Erträge	9'358	5'971	9'661	7'332	2'900	3'420
ordentliche Abschreibungen	-9'826	-9'700	-9'459	-10'670	-8'836	-9'311
Abschreibung BFB	0	0	-3'600	-1'589	-1'159	-178
Rechnungsergebnis	-10'089	-6'266	0	0	0	0
Investitionen brutto	21'086	15'580	22'936	29'143	19'373	20'767
Investitionen netto	18'037	8'744	10'259	20'610	13'558	16'302
Selbstfinanzierungsgrad	-3 %	36 %	128 %	97 %	61 %	40 %
Bilanzfehlbetrag (BFB)	6'773	13'039	9'439	7'850	6'691	6'514
1 Steuerzehntel	5'044	5'172	4'950	5'022	5'351	5'319

Allgemeine Haushaltsituation

Die finanzielle Lage der Gemeinde hat sich in den letzten Jahren stabilisiert. Sie bleibt aber angespannt. In den letzten 5 Jahren haben strukturelle Anpassungen im Kantonshaushalt (Lastenverteilungen, Aufgabenüberprüfungen, Steuersatzverschiebung von 2,1 auf 1,54, Verstärkung des Finanzausgleichs, Zentrumslasten, etc. den Gemeindehaushalt mit zusätzlichen 40 Mio. Franken belastet. Der gesetzliche Auftrag zur Abtragung des Bilanzfehlbetrages ist trotz der buchhalterischen Massnahmen von insgesamt 24 Mio. Neubewertungen im Finanzvermögen und 12 Mio. Landverkäufe noch nicht erfüllt. Zukünftige Massnahmen, wie Kürzung des Personal- und Sachaufwandes, Kürzung der Investitionsquoten, Aufgabenüberprüfung in allen Direktionen, weitere Landverkäufe und Herabsetzung des Mindestabschreibungssatzes bei den harmonisierten Abschreibungen werden noch notwendig sein, um den Haushalt in der nächsten Legislaturperiode nachhaltig zu sanieren.

Die Finanzkennzahlen

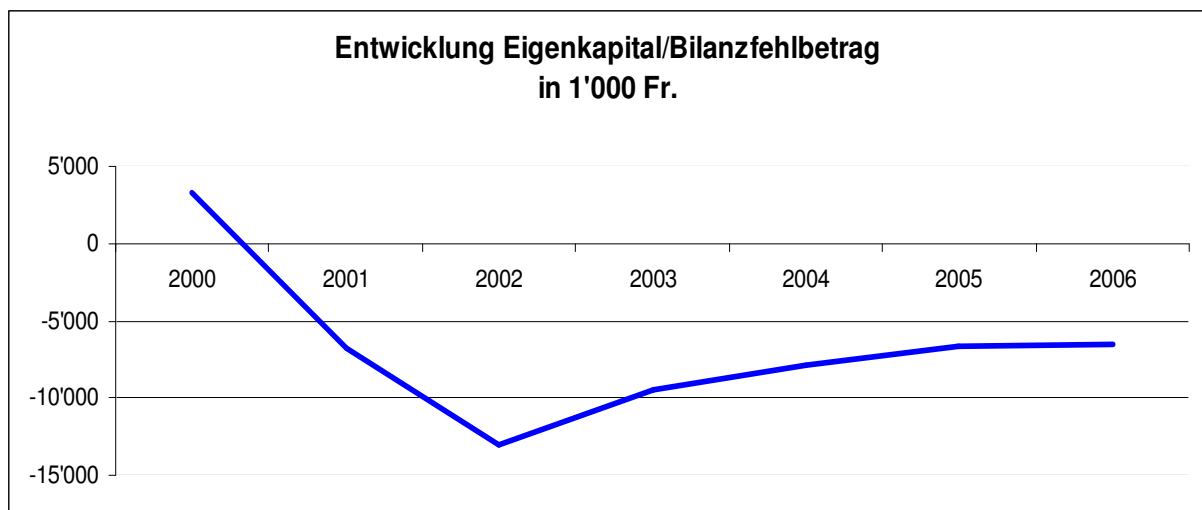
Der Selbstfinanzierungsgrad beantwortet die Frage: wie weit können die Investitionen aus selbst erarbeiteten Mitteln bezahlt werden? In den Jahren 2003 und 2004 konnten sie aus eigenen Mitteln finanziert werden. Die übrigen Kennzahlen sind im Vergleich zu anderen Gemeinden im Mittelfeld.

Finanzkennzahlen	RG2001	RG2002	RG2003	RG2004	VA2005	VA2006
Selbstfinanzierungsgrad	-2.74	35.73	128.05	96.83	60.57	¹ 39.61
Selbstfinanzierungsanteil	-.26	2.04	8.13	11.46	4.74	3.51
Zinsbelastungsanteil	1.34	2.07	1.90	1.78	1.77	1.57
Kapitaldienstanteil	7.39	9.40	11.05	9.17	7.55	6.67

Selbstfinanzierungsgrad
Selbstfinanzierungsanteil
Zinsbelastungsanteil
Kapitaldienstanteil

= Selbstfinanzierung x 100/Nettoinvestitionen
= Selbstfinanzierung x 100/ Finanzertrag
= Nettozinsen x 100/ Finanzertrag
= Kapitaldienst x 100/ Finanzertrag

Richtwerte 80- 100 gut, > 100 sehr gut
Richtwerte 15-20 % gut, 8-15 genügend
Richtwerte 1-3 mittlere Belastung
Richtwerte 3-10 mittlere Belastung



Fazit:

Die ausgeglichenen Rechnungen 2003 und 2004 kamen dank der a.o. Erträge zustande. Die daraus resultierenden Ertragsüberschüsse sind teilweise zur Abschreibung des Bilanzfehlbetrages verwendet worden.

Zusätzliche Stützmassnahmen und eigene Anstrengungen sind für die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Frist zur Sanierung der Gemeindefinanzen zwingend.

Erfreulich ist der Trend in den Rechnungen bis 2004 zur nachhaltigen Sanierung. Der im mehrjährigen Durchschnitt genügende Selbstfinanzierungsgrad, die Verminderung der Divergenz zwischen Aufwand und Ertrag, das kontrollierte Schuldenwachstum, zeigen dass wir auf dem richtigen Weg sind.

¹ Der Selbstfinanzierungsgrad von knapp 40% im Jahr 2006 ist ungenügend. Gründe dafür sind die hohen Investitionen von 16,3 Mio. Franken und der reduzierte Abschreibungssatz von 6 %. Werden die Selbstfinanzierungsgrade nach Steuern und Gebühren getrennt betrachtet, sieht jener der Steuern mit 64,37 % um einiges besser aus. Eine 100 %-ige Selbstfinanzierung ist aber auch dann nicht erreicht. Der gebührenfinanzierte Selbstfinanzierungsgrad ist hingegen mit 12,45 % viel zu tief. Der Hauptgrund dafür ist die anstehende Sanierung der Kehrichtdeponie Gummerloch KEGUL, welche mit 2,65 Mio. Franken im Jahr 2006 beginnen wird.

2.2 Wirtschaftspolitische Ausgangslage

Der weltwirtschaftliche Rahmen ist gekennzeichnet durch einen verzögerten Aufschwung in den OECD-Ländern. Das wirtschaftliche Wachstum wird nach unten korrigiert. Die Zinsen der Schweiz sind auf einem Rekordtief. Die Börsenentwicklung hat zu grossen Vermögensumlagerungen geführt, welche wir bis auf Gemeindeebene spüren.

Ausblick für die Schweiz/Kanton Bern

Die schweizerische Wirtschaft erfährt seit 2004 - nach einer längeren Stagnation - wiederum Hoffnung auf Aufschwung. Das anfänglich von den Prognoseinstituten zu hoch angesetzte Wachstum von 2 - 3 % wurde nach unten korrigiert und mit 1,5 % für 2006 (BAK Prognosen 2005) prognostiziert. Der exportgestützte Aufschwung dürfte erst ab dem zweiten Semester 2005 einsetzen. Der private Konsum wird sich leicht stärker erhöhen, die Ausrüstungsinvestitionen etwas kräftiger expandieren und die Bauinvestitionen nicht mehr schrumpfen. Die registrierten Arbeitslosen sind im Vergleich zu den Rezessionsjahren immer noch auf tiefem Niveau 3,0 % und im Jahr 2006 wird die Quote wiederum erhöht auf 4,0 %. Die Teuerung wird mit 1,5 % niedrig bleiben, vorbehalten bleiben die hohen Preise für das Oel. Die Zinsentwicklung bleibt ebenfalls auf tiefem Niveau zwischen 3 und 3,5 % für die Rendite der eidgenössischen Obligationen.

Die wirtschaftliche Situation des Kantons Bern ist bezüglich Wachstum, Struktur und im schweizerischen Vergleich wie folgt zu charakterisieren: Im Zeitraum 1992 bis 2002 lag das durchschnittliche Wachstum des bernischen Bruttoinlandproduktes mit 1,2 % leicht über jenem der Schweiz, welches 1 % betrug. Wobei der Niveaurückstand gemessen am Volkseinkommen pro Kopf immer noch besteht. Die Zusammensetzung der bernischen Wirtschaft (sog. Sektoralstruktur) wird durch einen überdurchschnittlichen Anteil der staatlichen Dienstleistungen, der Landwirtschaft und der Nachrichtenübermittlung geprägt. Die untervertretenen Branchen, wie Finanzen, Chemie etc. gehören aber zu den wachstumsstarken Bereichen. Positiv ist auch, dass die Nachrichtenübermittlung zur letzten Gruppe gehört. Die wirtschaftliche Erholung 2004 macht sich auch im Kanton Bern bemerkbar. Kurzfristig kann aus einer Umfrage (KOF ETH Zürich bei 20'000 beschäftigten Personen bei rund 150 bernischen Unternehmungen) über den Geschäftsgang entnommen werden, dass der Aufwärtstrend sich für den Kanton Bern 2005 fortsetzen wird.

Ausblick für die Gemeinde Köniz

Das jährliche Wachstum der Wohnbevölkerung ist für Köniz erfreulich. Es liegt zwischen 0,2 und 0,4 %. Die Prognosen zeigen, dass Köniz über dem schweizerischen Trend und jenen des Kantons Bern liegt. Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersgruppen ist aber im allgemeinen Trend. Die 0 - 19 Jährigen nehmen anteilmässig leicht ab, die 65+ nehmen hingegen zu. Es resultiert eine Stagnation der 20 - 64 Jährigen. Der Anteil der arbeitslosen Personen in Köniz soll laut Prognosen wiederum zunehmen. Saisonale Schwankungen können die Arbeitslosenzahlen kurzfristig ansteigen lassen.

Fazit:

Das wirtschaftliche Umfeld präsentiert sich zurückhaltend freundlich. Die grossen Gewitterwolken der letzten Stagnationsjahre scheinen vorüber gezogen zu sein. Es besteht Hoffnung auf ein moderates Wachstum, was den Druck auf den Finanzhaushalt der Gemeinde etwas wegnimmt. Die Wirkungen dieser Prognosen müssen aber erst noch abgewartet werden.

2.3 Steuerpolitische Ausgangslage

Bund/Kanton

Auf Bundesebene stand bis im Mai 2004 das Steuerpaket im Zentrum des Interesses. Mit der Ablehnung des Volkes ist zu erwarten, dass die nicht beschlossenen Entlastungen bei der Familien- und Wohneigentumsbesteuerung - von welchen auch die Kantone und Gemeinden erheblich betroffen worden wären - erneut für die unbestrittenen Teile im Bereich der Familienbesteuerung dem Parlament bald als neue Vorlage unterbreitet werden. Auf Bundesebene stehen die Unternehmenssteuerreform und die steuerliche Entlastung der Familien (Zweiverdiener Ehepaare) im Vordergrund.

In Bezug auf die Gesamtsteuerbelastung belegte der Kanton Bern im Jahr 2003 den 15. Rang unter den 26 Kantonen. Verglichen mit den umliegenden Kantonen Freiburg, Luzern, Solothurn, Luzern und Wallis schliesst der Kanton Bern um einige Ränge besser ab. Die Situation hat sich für den Kanton Bern bereits früher gebessert, belegte dieser im Jahr 2000 doch noch den 24. Rang. Bei juristischen Personen liegt die steuerliche Belastung seit Jahren unter dem schweizerischen Mittel.

Der Grosse Rat hat im November 2004 das Steuergesetz in Übereinstimmung mit dem Regierungsrat geändert. Die Entlastungen betreffen bei den natürlichen Personen die Besteuerung auf Kapitaleinkünften aus Vorsorge, die ab 2005 reduziert ist. Ab dem Jahr 2006 werden zusätzlich von Nachkommen und Stief- oder Pflegekindern keine Erbschafts- und Schenkungssteuern mehr erhoben. Der Ertragsausfall für alle Gemeinden beträgt rund 15 Mio. Franken.

Gemeinde Köniz

Die Gemeinde Köniz hat zwei markante Steueränderungen hinter sich. Die Senkung der Anlage infolge veränderter Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden mit Inkrafttreten des neuen Finanz- und Lastenausgleichs mit gleichzeitiger Umsetzung der letzten Steuergesetzrevision des Kantons mit weiteren Steuerreduktionen und die Steueranlagerhöhung der Gemeinde um 0,9 Zehntel auf 1,54 im Jahr 2003.

Zur Sanierung des Gemeindehaushaltes wären 1,5 Zehntel nötig gewesen. Das Könizer Stimmvolk hat aber anders entschieden und wollte mit der Erhöhung der Steuern auch noch weitere Einsparungen im Gemeindehaushalt auslösen.

Fazit Bund/Kanton

Nach mehrmaligen Volkskonsultationen ist der Spielraum für Steuersenkungen eher als klein einzuschätzen (Reform der Unternehmenssteuer, evtl. Entlastung der Familien etc.). Erhöhungen sind im heutigen Umfeld nicht wahrscheinlich, nachdem sich die öffentlichen Haushalte ums Sparen bemühen und das wirtschaftliche Umfeld sich freundlicher präsentiert.

Fazit Köniz

Nach zweimaliger Volksabstimmungen besteht für die Gemeinde Köniz politisch kein Spielraum für eine Erhöhung der Steueranlage.

3. Haushaltsanierung Bund und Kanton

3.1 Auswirkungen der Sanierungsmassnahmen des Bundes

Die Schuldenbremsen beim Bund sowie die Sanierungsmassnahmen werden in zweifacher Hinsicht Konsequenzen auf die Gemeinden haben. Nach dem Subsidiaritätsprinzip müssen sie an vorderster Front viele Aufgaben mit kantonalen Mitteln und Bundessubventionen vollziehen, die zukünftig fehlen werden. Die Städte ihrerseits kämpfen um die Anerkennung ihrer Zentrumslasten, die im Wesentlichen von den Agglomerationsgemeinden zu finanzieren sein werden.

An die Stelle von aufwandorientierten Bundesbeiträgen an Einzelobjekte treten ergebnisorientierte Global- und Pauschalbeiträge. Für den Finanz- und Lastenausgleich im engeren Sinne werden ähnliche Instrumente geschaffen wie im Kanton Bern: Finanzhilfen bei ungleicher Finanzkraft, Zuschüsse an Randregionen.

Erste Berechnungen zeigen, dass der Kanton Bern eher als schwacher Nutzniesser (ca. 90 Mio. Franken) der Neuordnung hervorgehen wird. Eine Weiterleitung der möglichen zusätzlichen Mittel für die Kantone an die Gemeinden ist nicht vorgesehen.

3.2 Massnahmen des Kantons

Bekanntlich können vier Massnahmen die Gemeindehaushalte nachhaltig negativ beeinflussen:

- Umsetzung der Agglomerationsreform
- Verstärkte Abgeltung der Zentrumslasten der Städte durch Agglomerationsgemeinden und finanzstarke Gemeinden
- Sanierung der Lehrerversicherungskasse
- Weitere Sparmassnahmen des Kantons aus dem SAR Bericht

Die Umsetzung der Agglomerationsreform wird voraussichtlich ohne grosse finanzielle Belastungen für die Gemeinden erfolgen. Der Regierungsrat des Kantons Bern kündigt eine Erhöhung der Zentrumslasten um 60 % an, was unsere Gemeinde mit Fr. 900'000 Franken zusätzlich belasten würde. Der Gemeinderat hat diese Erhöhung der Zentrumslasten in seiner Stellungnahme an die Finanzdirektion des Kantons Bern vehement abgelehnt. Der gesetzliche Auftrag sei mit der heutigen Lösung genügend erfüllt. Eine Erhöhung ist nicht gerechtfertigt, umso mehr als finanziell schwächere Gemeinden für stärkere Städte aufzukommen hätten, was neue Ungerechtigkeiten nach sich ziehen würde. Die Sanierung der Lehrerversicherungskasse betrifft uns mit rund Fr. 300'000. Die weiteren Sparmassnahmen des Kantons Bern werden im Rahmen der Budgeterstellung beim Kanton ermittelt und soweit quantifizierbar berücksichtigt.

Fazit:

Die Sparmassnahmen von Bund und Kanton sind absehbar, wenn auch nicht immer quantifizierbar. Es wurden keine einschneidenden Auswirkungen auf die Gemeinden angekündigt. Wir müssen jedoch davon ausgehen, dass der Transferhaushalt immer noch überproportional ansteigen wird. Deshalb müssen sich die Gemeinden solidarisieren und dem Kanton klar kommunizieren, dass neue Aufgaben des Kantons nicht ohne Finanzierung seitens des Kantons auf die Gemeinden übertragen werden dürfen.

4. Analyse des Gemeindehaushaltes

4.1 Analyse des Aufwandes

Zahlen in 1'000 Fr.	RG 2001	RG 2002	RG 2003	RG 2004	VA 2005	VA 2006
Aufwand	207'295	167'678	169'577	179'765	174'413	182'875
Personalaufwand	40'073	39'733	39'175	39'602	40'147	41'289
Sachaufwand	24'578	23'156	22'876	23'718	23'758	23'538
Kapitaldienst	18'626	17'890	20'939	20'067	17'897	17'274
Transferbereich	115'828	79'299	78'500	83'012	85'786	92'400
Diverse (neutral)	8'190	7'600	8'087	13'366	6'825	8'374

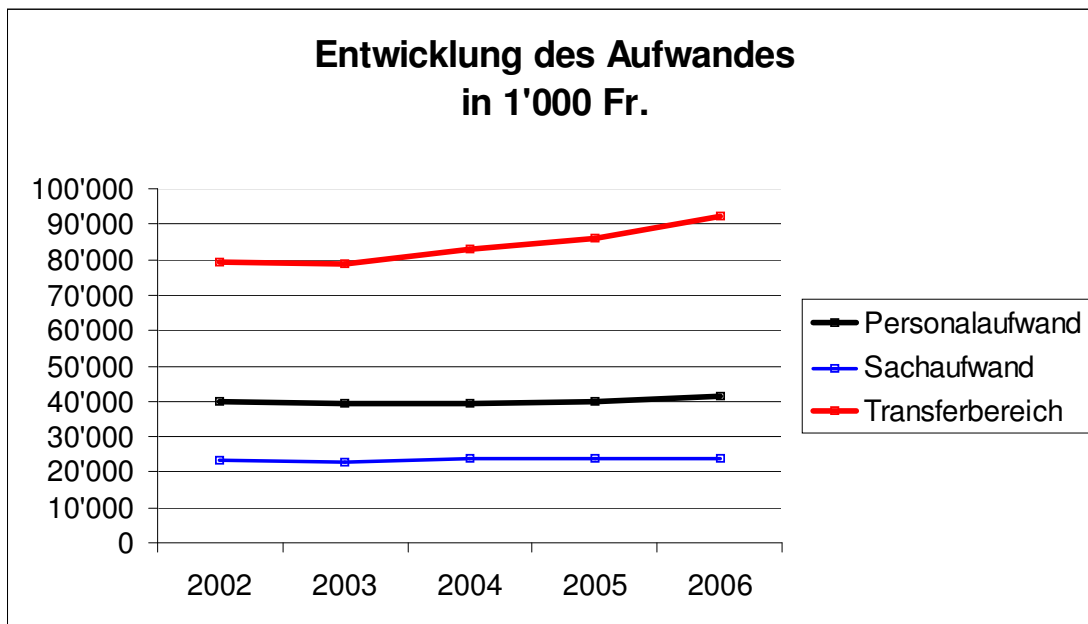
Der Aufwand konnte dank den sofort eingeleiteten Massnahmen des Gemeinderates auf 183 Mio. Franken stabilisiert werden. Das Jahr 2001 ist mit den Folgejahren nicht vergleichbar. Die Auswirkungen des neuen Finanz- und Lastenausgleichs mit der Steueranlageverschiebung haben den Haushalt schrumpfen lassen. Im Jahr 2004 verfälscht die Neubewertung der ARA Aktien von 7,3 Mio. den Aufwand. Er liegt bereinigt bei 172,6 Mio.; das ergibt ein jährliches Wachstum von 1 - 1,5%.

Durch den Gemeinderat beeinflusst werden können insbesondere der Personalaufwand, der Sachaufwand sowie über die Investitionen die Abschreibungen und die Passivzinsen. Seit Jahren macht der Gemeinderat bei den Aufwendungen der Verwaltung sowie bei den Beiträgen an die Vereine und Institutionen, die öffentliche Aufgaben wahrnehmen, klare Vorgaben zur Begrenzung des Aufwandwachstums. Dies führte zum Teil zu einschneidenden Kürzungen und Streichungen.

Der gebundene Aufwand aus dem Transferbereich (Zahlungen und Guthaben zwischen Gemeinde und Kanton, zwischen Gemeinde und subventionierten Institutionen und zwischen Gemeinden) ist deutlich stärker angestiegen als der Steuerertrag oder der hausgemachte bzw. „autonome“ Aufwand. **Der Transferbereich ist seit Einführung des Finanz- und Lastenausgleichs ab 2002 stark gestiegen.** Es sind die Bereiche Finanzausgleich, Zentrumslasten, Lehrerbessoldungen, Sozialhilfe, AHV/IV/EL, öffentlicher Verkehr und alle sozialen Einrichtungen (Altersheime, Spitex, Kinderbetreuung etc), welche zum überproportionalen Anstieg beigetragen haben. Köniz stellt im Vergleich zu anderen Gemeinden keine Ausnahme dar. Die Ursachen dieses Anstiegs liegen beim kantonalen Standard und bei den fehlenden Sparanreizen für die Gemeinden.

Fazit:

Der beeinflussbare "autonome" Aufwand konnte dank wiederholten Budgetmassnahmen stabilisiert werden. Die Entwicklung beim "autonomen" Aufwand ist sogar leicht rückläufig mit -0,5 % p.a. Die Zunahme des Aufwandes von durchschnittlich 1,3 % ist allein auf den Transferbereich zurückzuführen, welcher überdurchschnittlich mit 2,7 % zunahm.



4.2 Analyse des Ertrages

Zahlen in 1'000 Fr.	RG 2001	RG 2002	RG 2003	RG 2004	VA 2005	VA 2006
Ertrag	197'206	161'412	169'577	179'765	174'413	182'875
Steuerertrag	114'801	82'672	85'715	86'895	92'137	91'715
Konzessionen	2'197	2'393	2'362	2'344	2'422	2'347
Vermögenserträge	13'845	10'348	14'103	20'719	8'789	9'515
Entgelte	32'362	31'963	32'793	33'695	31'990	33'537
Transferbereich	25'580	26'127	26'597	30'443	30'104	33'904
Diverse (neutral)	8'421	7'909	8'007	5'669	8'971	11'857

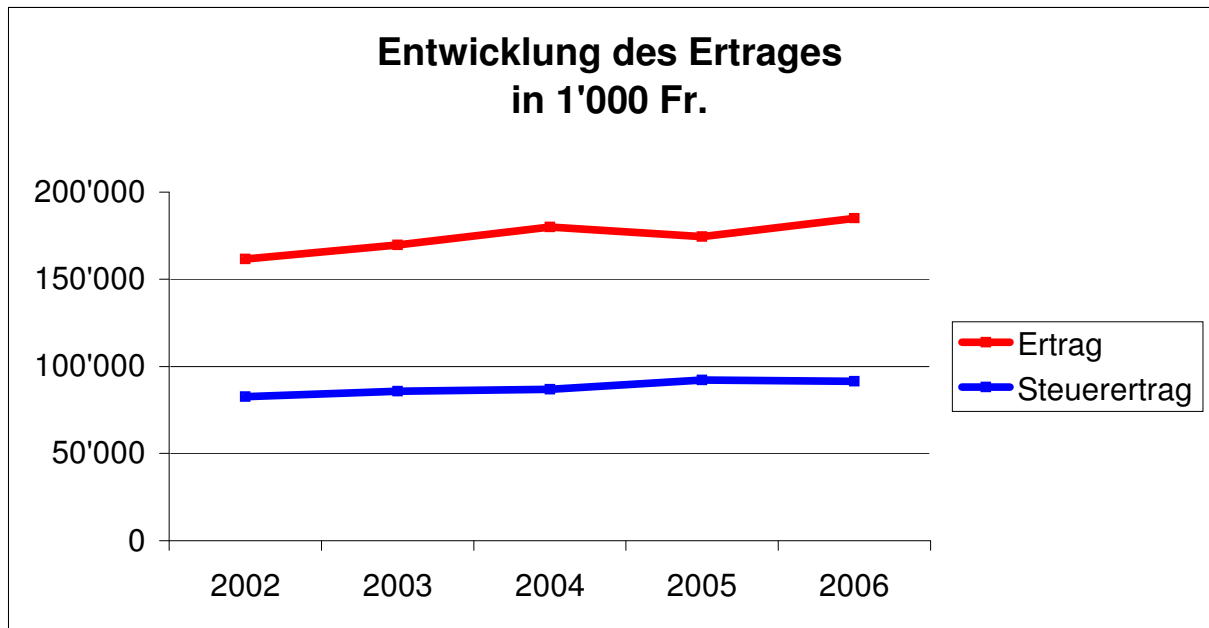
Die Steuererträge sind die wichtigsten Einnahmen mit einem Anteil von über 50 %. Die übrigen Einnahmen sind entweder an den Transferbereich oder an Spezialgesetzgebungen gebunden. Kann das Steuersubstrat nicht im gewünschten Mass wachsen, so bleiben die Aufgaben der Gemeinde unterfinanziert. Vorübergehend hat die Gemeinde Köniz Land verkauft, was einmalige Vermögenserträge einbrachte.

Analyse der Steuererträge

Zahlen in 1'000 Fr.	RG 2001	RG 2002	RG 2003	RG 2004	VA 2005	VA 2006
Steuerertrag	114'801	82'672	85'715	86'895	92'137	91'715
NP	98'976	68'202	72'545	68'818	76'310	71'700
JP	5'000	2'924	4'312	7'289	5'300	8'500
Diverse	10'825	11'546	8'858	10'788	10'527	11'515

Die Steuern der natürlichen Personen sind 2004 eingebrochen, weil grössere Umlagerungen im Vermögen stattgefunden haben, d.h. weg von der Börse zu Einkäufen in Vorsorgeeinrichtungen bis zur Sanierung von Liegenschaften. Die Ratenzahlungen erwiesen sich als zu hoch, so dass Rückzahlungen erfolgten mussten. Was sich abgezeichnet hat, nämlich ein Rückgang der Steuer-

erträge bei gleichzeitigem Anstieg der Transferbeiträge, hat mit den eigenen beeinflussbaren Aufgaben wenig zu tun. Die gleiche Entwicklung spielt sich in andern Gemeinden auch ab.



Fazit:

Die Steuererträge bleiben die wichtigste Einnahmequelle der Gemeinde. Sie stagnieren seit mehr als 10 Jahren. Im Jahr 2004 fand bei den natürlichen Personen ein markanter Rückgang zum Vorjahr statt. Der mittelfristige Anstieg der Steuererträge, welcher zur Finanzierung der Gemeindeaufgaben notwendig ist, kann nur durch Ansiedlung von neuen Unternehmungen und Förderung des Wohnungsbaus erfolgen.

4.3 Analyse der Bestandesrechnung

Die Bestandesrechnung (Bilanz) fasst das Vermögen und die Schulden der Gemeinde zusammen. Das Finanzvermögen erreichte im Jahr 2004 141,8 Mio. Franken und das Verwaltungsvermögen 90,4 Mio. Franken. Der Wiederbeschaffungswert aller Infrastrukturen der Gemeinde (Strassen, Hochbauten, Wasser- und Abwasseranlagen) wird auf ca. 900 Mio. Franken geschätzt. Die Buchwerte des Vermögens berücksichtigen die Anschaffungskosten abzüglich die Wertminderungen (Abschreibungen). Sie enthalten nach den durchgeführten Neubewertungen kein Potenzial mehr für Korrekturen.

Das Fremdkapital (Schulden) erreichte im Jahr 2004 einen Stand von 206,3 Mio. Franken. Die mittel- und langfristigen Schulden sanken von bisher 170,0 Mio. auf 167,5 Mio. Franken. Die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung konnte auf Fr. 4'424 vermindert werden. Die Netto- pro Kopf Verschuldung sogar auf Fr. 2'237.

Fazit:

Es kann eine schwache Tendenz zum Schuldenabbau festgestellt werden. Der Spielraum für Neubewertungen ist praktisch ausgeschöpft.

4.4 Analyse der Spezialfinanzierungen

Abwasser

Im Jahr 2004 haben die Abwassergebühren von rund 4,2 Mio. die Kosten für die ARA Bern, ARA Sensetal und die Abschreibungen auf dem Wiederbeschaffungswert gedeckt. Ungedeckt blieben alle übrigen Betriebskosten von rund 2 Mio. dieses Dienstzweiges (wovon 1 Mio. Besoldungen). Der Fonds für den Ausgleich der Laufenden Rechnung ist noch mit 7,3 Mio. (31.12.2004) dotiert. Dies infolge einer Neubewertung der Aktien der ARA Bern (7,3 Mio.). Die aktuellen Gebühren decken die laufenden Kosten dieses Dienstzweiges nicht. Das Gesetz schreibt jedoch kosten-deckende Gebühren vor. Eine Gebührenerhöhung und kostensenkende Massnahmen sind mittelfristig zur Einhaltung des gesetzlichen Auftrages ins Auge zu fassen.

Wasser

Im Jahr 2004 haben die Wassergebühren von rund 5,5 Mio. die Kosten für den Betrieb und für den baulichen Unterhalt der Leitungen, Pumpwerke und Reservoirs gedeckt. Grössere Investitionen in neue Anlagen müssen jedoch mit Schulden gegenüber der Gemeinde finanziert werden. Der Fonds für den Rechnungsausgleich ist noch mit 4,8 Mio. (31.12.2004) dotiert. Eine Gebührenerhöhung drängt sich in der nächsten Legislaturperiode nicht auf.

Abfall

Für die Abfallbewirtschaftung stehen 0,8 Mio. (31.12.2004) im Fonds zur Verfügung. Dies reicht für die Ersatzbeschaffung von Kehrlichfahrzeugen. Der Bau der neuen Verbrennungsanlage in der Stadt Bern verursacht Vorinvestitionen, welche durch die Gemeinden mitzufinanzieren sind. Dies erhöht den Preis pro Tonne, welchen wir der KVA Bern bezahlen müssen. Die Preiserhöhung im Sinne einer Vorfinanzierung wird eine Gebührenerhöhung nach sich ziehen. In diesem Entscheid ist auch die Kosteneffizienz einzubeziehen.

Für die Endabdeckung und Nachsorge der geschlossenen Kehrlichdeponie Gummersloch stehen insgesamt 11 Mio. zur Verfügung.

Feuerwehr

Um den Leistungsauftrag der Feuerwehr zu erfüllen, müssen betriebstaugliche Fahrzeuge zur Verfügung stehen. Die Spezialfinanzierung Feuerwehr ist mit 1,5 Mio. (31.12.2004) dotiert. Die Gebühren sollten zur Deckung des Bedarfs ausreichen.

Fazit:

Die Spezialfinanzierungen müssen ihre Kosten decken. Die Gebühren sind von Fall zu Fall den neusten Entwicklungen anzupassen. Die Kosten sind stets auf ihre Effizienz zu überprüfen. Es zeichnen sich in der Legislatur 2006-2010 Gebührenerhöhungen in den Bereichen Abwasser und Abfall ab.

4.5 Analyse der Investitionen

Zur Bewirtschaftung der finanziellen Mittel für die Infrastruktur wurden die steuerfinanzierten (öffentliche Bauten, Strassen, Verkehrsanlagen, etc.) und gebührenfinanzierten (Abwasser, Wasser, Abfall, Feuerwehr) Investitionen gemäss folgender Terminologie gegliedert:

Instandhaltung: "Wertverzehr"	Wahrung der Funktionstauglichkeit durch einfache und regelmässige Massnahmen, Wertverzehr in der Laufenden Rechnung (Bsp. kleiner Gebäudeunterhalt, Reinigung, Winterdienst, betrieblicher Unterhalt der Strassen etc.) = Betrieblicher Unterhalt
Instandsetzung: "Werterhalt"	Wiederherstellen der Funktions- und Gebrauchstauglichkeit, Werterhalt in der Investitionsrechnung (Objekte ab Fr. 50'000) = Baulicher Unterhalt
Neubau: "Wertvermehrung"	Ersatz einer bestehenden Infrastruktur oder Neubau als Erweiterungsinvestition zur mittel- und langfristigen Entwicklung der Gemeinde. Wertvermehrung, Investitionsrechnung (Bsp. Sanierung oder neue Schulanlage, Sanierung oder neue Strasse)

Sachliche und zeitliche Prioritäten in der Infrastruktur:

Die Investitionsprojekte wurden einer ABC - Analyse unterzogen

A- Projekte "Werterhalt"	A1 Zwangsbedarf, Kredit vorhanden, in Ausführung A2 Minimalbedarf, Kredit vorhanden, noch nicht in Ausführung A3 Minimalbedarf, Kredit noch nicht vorhanden
B- Projekte "Werterhalt und Wertvermehrung"	B1 Normalbedarf, gebunden kurzfristig B2 Normalbedarf kurzfristig 1-2 Jahre B3 Normalbedarf mittelfristig 3-4 Jahre
C - Projekte "Wertvermehrung"	C3 Wunschbedarf mittelfristig, wünschbarer Ausbau der Infrastruktur der Gemeinde

Investitionen z.L. Steuern gemäss Investitionsplan vom 19. Oktober 2005

in Mio. Fr.	2005	2006	¹ 2007	2008	2009	2010	2011
Nettoinvestitionen	8,8	7,9	12,9	13,0	11,4	15,9	9,6
A - Projekte	7,7	3,2	3,6	4,5	1,7	3,5	1,1
B - Projekte	1,0	3,5	7,2	6,6	5,8	7,7	5,7
C - Projekte	0,1	1,2	2,1	1,9	3,9	4,7	2,8

¹ Die Investitionsvorhaben für die Jahre 2007 ff weisen jährliche Nettoinvestitionssummen von 11-13 Mio. Franken auf. Diese Summen müssen anlässlich der Realisierung der Finanzstrategie noch massiv gekürzt werden. Im Finanzplan für die Jahre 2007 bis 2010 sind Jahrestanchen in der Grössenordnung von 7-8,5 Mio. Franken enthalten.

Investitionen z.L. Gebühren gemäss Investitionsplan vom 19. Oktober 2005

in Mio. Fr.	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Nettoinvestitionen	4,3	7,2	5,6	4,0	6,5	4,9	5,2
A - Projekte	4,1	2,2	1,8	0,2	0,6	0,2	0,2
B - Projekte	0,1	3,1	2,2	2,5	4,6	3,9	3,4
C - Projekte	0,1	1,9	1,6	1,3	1,3	0,8	1,6

Die Bewirtschaftung der Infrastruktur hat nach folgender Prioritätenordnung zu erfolgen:

- Die Werterhaltung hat oberste Priorität, muss in einem Sparprogramm jedoch einen Beitrag zur Sanierung leisten.
- Wertvermehrende und Neuinvestitionen sind in eine Prioritätenordnung zu bringen, welche auch langfristige Entwicklungsprojekte der Gemeinde zulassen, welche zu neuen Ertragsquellen führen.
- Der Wunschbedarf darf erst ausgelöst werden, wenn der finanzielle Spielraum vorhanden ist.

Fazit:

Die Analyse des Investitionsprogramms zeigt, dass die finanzpolitische Zielsetzung eines Selbstfinanzierungsgrades von 80 % bei weitem verfehlt wird. Der Gemeinderat wird in einem ersten Schritt, einschneidende Investitionskürzungen in den Jahren 2006 und 2007 vornehmen, ohne die strategischen Projekte vernachlässigen zu müssen.

5. Finanzstrategie 2006 - 2010

5.1 Rahmenbedingungen

Rechtlicher Rahmen

Der Voranschlag ist so auszugestalten, dass der Finanzhaushalt ausgeglichen ist (Art. 73 GG). Ein Aufwandüberschuss kann budgetiert werden, wenn er durch Eigenkapital gedeckt ist oder wenn Aussicht auf Deckung besteht. Der Bilanzfehlbetrag muss innert acht Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung abgeschrieben sein (Art. 74 GG). Der Gemeinderat weist im Finanzplan aus, wie der Bilanzfehlbetrag auszugleichen ist. Dieser beruht auf Sanierungsmassnahmen (Art. 75 GG) und auf realistische Annahmen und Prognosen (Art. 66 GV).

Finanzpolitischer Rahmen

Die Finanzstrategie bildet die Leitplanke zu den weiteren Arbeiten am Budget 2006 und zum Finanz- und Investitionsplan 2007 - 2010. Sie beinhaltet Ziele und Massnahmen zu einem ausgeglichenen Gemeindehaushalt und ist ein Controlling - Instrument für die nächste Legislatur. Die Legislaturziele sind in diesem Rahmen zu formulieren und stets auf die Zielerreichung zu überprüfen.

5.2 Finanzpolitische Ziele

Grundsatz der Finanzpolitik

Die Finanzierung der Gemeindeaufgaben ist langfristig sicherzustellen (Leitbild 1993). Die Aufgaben sowie Einnahmen und Ausgaben sind aufeinander abzustimmen. Eine Prioritätenfestsetzung regelt die zeitliche und sachliche Abfolge von gebundenen Aufgaben und neuen Entwicklungsprojekten.

Die Finanzstrategie beruht auf 6 Ziele in der Legislatur 2006 - 2010

1. Der Bilanzfehlbetrag ist in der gesetzlichen Frist bis 2009 abgebaut.
2. Die Steueranlage bleibt für die Jahre 2006 bis 2009 unverändert auf 1,54.
3. Ab 2009 soll Eigenkapital von mindestens zwei Steuerzehnteln gebildet werden.
4. Die Investitionen sind im Durchschnitt von vier Jahren aus eigenen Mitteln zu finanzieren (Selbstfinanzierungsgrad mind. 80 %)*
5. Die Spezialfinanzierungen sind effizient und kostendeckend zu führen.
6. Der Gemeindehaushalt ist ab 2009 ausgeglichen, vorbehalten grössere Kostenüberwälzungen des Kantons.

* Bei Abschreibungen zwischen 6- 8 % ist 100 % nicht erreichbar.

5.3 Strategie des Gemeinderates

Angesichts der mittelfristigen Finanzierungslücken in allen Szenarien und Verfehlung der finanzpolitischen Zielsetzung 2006 - 2010 sind Strategien und Massnahmen zu entwickeln.

Der Gemeinderat verfolgt eine doppelte Strategie:

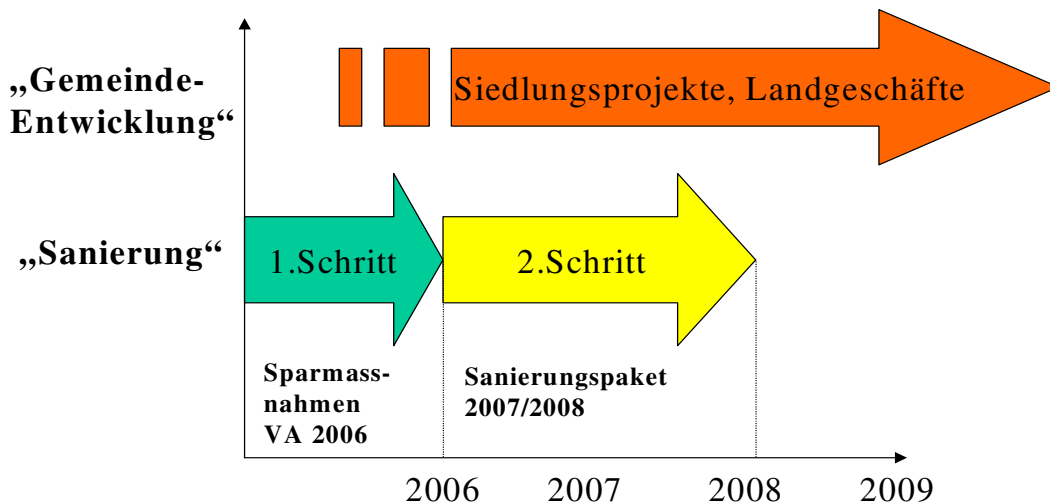
- die langfristige Entwicklung der Gemeinde mit der Finanzierung der notwendigen Gemeindeausgaben und der Umsetzung von Entwicklungsprojekten, welche die zukünftigen Einnahmen der Gemeinde sicherstellen werden (Pflege des Steuersubstrates).
- Gleichzeitig und als vordringliche Aufgabe will der Gemeinderat die eingeleiteten Sanierungsmassnahmen bis 2008 noch verstärken.

"Strategie"	Typologie
"Gemeindeentwicklung"	Die strategischen Projekte zur Pflege des Steuersubstrates sind voranzutreiben.
"Sanierung"	Die Finanzen sind nachhaltig zu sanieren. In dieser Phase müssen weitere Sanierungsmassnahmen ergriffen werden. Diese Massnahmen bestehen solange bis der Bilanzfehlbetrag nicht abgebaut ist.

Die finanzpolitischen Ziele werden mit drei Massnahmen erreicht:

- Erstens sollen im Rahmen der Budgetierung 2006 Budgetverbesserungen von 4 Mio. realisiert werden (u.a. Kürzung der Investitionsquoten auf max. 8 Mio.).
- Zweitens soll durch eine gezielte Aufgabenüberprüfung in allen Direktionen ein Sanierungspaket 2007/2008 erarbeitet werden, welches Verbesserungen von jährlich wiederkehrend 2 Mio. pro Jahr realisiert.
- Drittens sind die Entwicklungsprojekte der Gemeinde zur Sicherung der zukünftigen Einnahmen voranzutreiben (Morillon, Ried, Hertenbrünnen, Rappentöri, ESP Liebefeld, Areal alte Migros, Bläuacker 2. Etappe).

Strategie



5.4 Sanierungsmassnahmen in zwei Schritten

Erster Schritt (Kurzfristige Sparmassnahmen 2006)

Im Voranschlag 2006 sind 4 Mio. Verbesserungen umgesetzt worden, u.a. mit folgenden Massnahmen:

- Personalaufwand: Teuerung von 0,5 % und Beförderungen von Fr. 200'000.-. Minimaler Anstieg der Stellen.
- Im Sachaufwand wurden beeinflussbare Bereiche, wie Strassenunterhalt, Ausbau der öffentlichen Beleuchtung, baulicher Unterhalt der Gemeinde und Dienstleistungen "Dritter" gekürzt.
- Im Kapitaldienst wurden die Massnahmen der Mindestabschreibungen (6 % statt 10 %) umgesetzt. Die Zinsen für die Fremdfinanzierung wurden auf einem tiefen Niveau gehalten.
- Ertragsseitige Massnahmen waren kurzfristig nur im Bereich der Landverkäufe möglich.
- Die wirksamste kurzfristige Massnahme bleibt die Absenkung der Investitionsquote z.L. der Steuern auf max. 8 Mio. für das Jahr 2006.

Zweiter Schritt (Sanierungspaket 2007/2008)

Zur Entlastung des Haushaltes und zur Beseitigung des strukturellen Defizits soll das Sanierungspaket 07-08 ausgelöst werden. In den Jahren 2007 und 2008 sind Einnahmen zu steigern (ohne Steuern) und Ausgaben zu senken. Es wird eine Verbesserung (Netto-Einsparungen) vom Gemeinderat in allen Direktionen von insgesamt 2 Mio. wiederkehrend pro Jahr als Zielsetzung festgelegt. Mit dem Sanierungspaket 07-08 soll die Abhängigkeit von a.o. Erträgen und Landverkäufen und Mindestabschreibungen gebrochen werden.

Der anvisierte Nettosanierungsbetrag von 2 Mio. Franken ist zur Erreichung der finanzpolitischen Ziele unabdingbar. Die Sanierung soll nicht linear erfolgen, sondern es sollen alle Aufgaben überprüft werden. Der Gemeinderat legt folgende Kriterien für die Erarbeitung der Massnahmen fest:

- Fokus auf beeinflussbare Aufgaben. Verzicht oder Reduktion von freiwilligen Aufgaben, die vom Gesetz nicht zwingend zu erfüllen sind. Straffung der Organisation, der Abläufe und Strukturen.

- Transferausgaben, welche nicht beeinflusst werden können werden nicht einbezogen
- a.o. Erträge aus Landverkäufen und Mehreinnahmen aus Steuern sind von den Sanierungsmassnahmen ausgenommen
- Übrige Einnahmen und Gebühren können einbezogen werden.
- Eine erste Tranche soll im Budget 2007 umgesetzt werden.
- Die zweite Tranche wird im Budget 2008 realisiert

Der Gemeinderat etappiert das Projekt Sanierungspaket 07-08, weil zu grosse Abhängigkeiten zu anderen Projekten bestehen. Die Verzögerung der Einführung der Aufgabenneuverteilung im Gemeinderat, die Erstellung der Legislaturziele, die Erarbeitung des integrierten Aufgaben- und Finanzplanes und die Einführung neuer parlamentarischer Instrumente aus dem Projekt K2005 können nicht alle gleichzeitig realisiert werden.

Der Gemeinderat beauftragt die Direktionen mit der Erarbeitung eines Sanierungspakets. Die Direktionen werden - in Zusammenarbeit mit der Finanzabteilung und dem Finanzinspektorat - dem Gemeinderat die erste Tranche des Sanierungspaketes bis zur Budgeterstellung 2007 zum Beschluss vorlegen.

Sobald feststeht, wie es mit dem Projekt Aufgabenneuverteilung und K2005 weiter gehen soll, wird ein genauer Zeitplan mit den Abhängigkeiten erstellt.

5.5 Entwicklungsprojekte

Der Gemeinderat wird auch wichtige Projekte zur Entwicklung der Gemeinde vorantreiben (Ansiedlung neuer Unternehmungen durch Wirtschaftsförderungsmassnahmen, Ansiedlung neuer Einwohner durch gezielte Förderung des Wohnungsbaus, etc.) Folgende Projekte sind in die Strategie miteinzubeziehen:

- Landgeschäfte: Areal alte Migros, Hertenbrünnen, Rappentöri, Bläuacker 2. Etappe.
- Entwicklungsschwerpunkte: Ried, Morillon, Dreispitz, etc.

Wachstum und Entwicklung brauchen Investitionen, welche im rollenden Investitionsplan mit klaren Prioritäten abzubilden sind. Eine erste Absicht über das Entwicklungspotential liegt in den **Beilagen 1/2** vor. Die Investitionen für die Realisierung dieser Projekte sind bereits im Investitionsplan 2007-2010 soweit quantifizierbar vorgesehen.

5.6 Gemeindelobbying

Wie in der Analyse des Aufwandes festgestellt, haben die Transferausgaben, insb. in den Lastenverteilungsbereichen seit Einführung des FILAG im Jahr 2002 stark zugenommen. Der Kanton hat im Jahr 2002 wichtige Bereiche zentralisiert (Gesundheit, Mittelschulen. etc). Diese Lastenverschiebung wurde durch eine drastische Kürzung der Gemeindesteuern verwirklicht. Die Ausgaben für die Gemeinden sollten nun der Entwicklung ihrer Steuerkraft besser entsprechen. Das Gegenteil ist eingetreten. Der Transferbereich stieg weiter an und übertraf die Steuereinnahmen wie auch die autonomen beeinflussbaren Ausgaben der Gemeinde bei weitem. Diese Entwicklung ist bei anderen Gemeinden auch eingetreten. Der Gemeinderat will sie nicht einfach hinnehmen. Er beabsichtigt, ein Gemeindelobbying zu betreiben, um in diesen Bereichen - wo es an Sparanreizen fehlt und die Standards zu hoch sind - beim Kanton zu intervenieren. Ein erster Schritt wurde bei der vorgesehenen Erhöhung der Zentrumslasten getan.

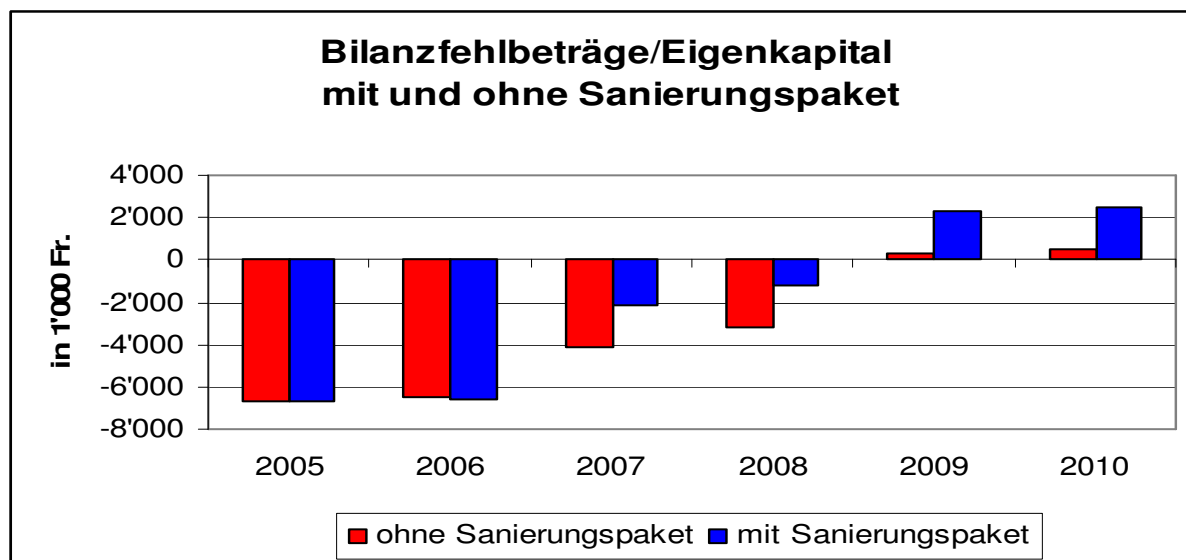
6. Finanzplan 2007 - 2010

6.1 Finanzplan

Der aktualisierte Finanzplan vom 19. Oktober 2005 zeigt, dass ohne Massnahmen aus dem Sanierungspaket die Zielsetzung im Jahr 2009 (Abbau des Bilanzfehlbetrages) nur knapp erreicht wird. Das Ergebnis ohne Sanierungspaket beinhaltet immer noch ausserordentliche Erträge aus Landgeschäften und vermehrte Steuereinnahmen. Dazu kommt, dass bei anhaltendem Zuwachs

des unbeeinflussbaren Transferaufwandes neue Defizite entstehen können. Die konsequente Umsetzung des Sanierungspaketes ist notwendig, um

- den Bilanzfehlbetrag nachhaltig abzubauen
- Eigenkapital zu bilden
- sich von der Abhängigkeit von Landgeschäften zu lösen (siehe Grafik).



6.2 Führungsinstrumente

Der Finanzplan wird als Entscheidungsinstrument **rollend** (halbjährlich aktualisiert) erstellt.

Der Finanzplan beinhaltet noch nicht die Feinsteuerung, welche aufgrund der Entwicklung notwendig ist, um die Legislatur-Ziele zu erreichen. Der Finanzplan ist ein wichtiger Indikator, um unerwünschte Entwicklungen frühzeitig zu erkennen. Er stellt ein unabdingbares Führungsinstrument (Controlling) für den Gemeinderat und die Verwaltung dar.

Der Finanzplan wird aufgrund eines realistischen Szenarios entwickelt. Er kann seine Rolle aber nur dann spielen, wenn er auf allen Stufen als Führungsinstrument anerkannt und ihm der entsprechende Stellenwert eingeräumt wird. Mit dem Finanzplan wird der Gemeinderat in die Lage versetzt, Steuerungsmassnahmen zu einem Zeitpunkt zu ergreifen, in dem noch Handlungsspielraum besteht.

Köniz, 2. November 2005

Der Gemeinderat

Anhänge:

Anhang 1: Landgeschäfte der Gemeinde Köniz (Mehrwerte)

Anhang 2: Neue Wohnungen für Köniz 2006 bis 2010

Landgeschäfte Gemeinde Köniz (Mehrwerte)**Anhang 1**

Objekt	Umsetzung in Jahren	Fläche	Buchwert	Wert/m2	Neuwert	Mehrwert	Baurechts- zins
Sägematte	2	3'000	1	800	2'400'000	2'399'999	156'000
Bläuacker II	2	3'470	1	800	2'800'000	2'799'999	182'000
Hertenbrünnen	4	11'800	3'800'000	560	6'600'000	2'800'000	429'000
Alte Migros	5	6'050	2'700'000	990	6'000'000	3'300'000	390'000
Rappentöri	5	9'167	5'100'000	1'090	10'000'000	4'900'000	650'000
Total		33'487	11'600'002		27'800'000	16'199'998	1'807'000

Neue Wohnungen für Köniz 2006 bis 2010**Anhang 2**

Objekt	Wohnungstyp	Anzahl	E	Bezug
ESP Dreispitz	Familienwohnungen	226	447	ab 2007
Neumatt (K3/K4)	Familienwohnungen	110	218	ab 2007
Ried W8/W9	Familienwohnungen	140	280	ab 2007
Schwandenhubel	Familienwohnungen	89	176	2005
Morillon (Bauf. 11)	Familienwohnungen	31	61	2005
Weyergut Wabern	Familienwohnungen	51	101	2005
Hertenbrünnen	Familienwohnungen	100	198	ab 2009
Areal alte Migros	Familienwohnungen	60	119	ab 2009
Im Gschick O'wangen	Familienwohnungen	15	30	2005
Primavera N'wangen	Familienwohnungen	24	48	ab 2006
Oberwangen Fust	Einfamilienhäuser	32	63	ab 2006
Blinzern	Familienwohnungen	14	28	2005
Gasel Rössli	Familienwohnungen	16	32	ab 2006
Revag Gasel	Familienwohnungen	6	12	ab 2006
Sunnhalde Thörishaus	Familienwohnungen	80	160	ab 2006
Stegenweg N'wangen	Familienwohnungen	20	40	ab 2008
ZPP 12/4 O'wangen	Reihenheinfamilienhäuser	20	40	ab 2008
Mätteli Schliern	Familienwohnungen	30	60	ab 2009
Gerbereiweg N'scherli	Familienwohnungen	30	60	ab 2010
Dorfkern Oberscherli	Reihenheinfamilienhäuser /Familienwohnungen	15	30	ab 2007
Neumatt (K1/K2)	Familienwohnungen	35	60	ab 2009
Morillon (Bauf. 17 + 18)	Familienwohnungen	77	152	ab 2008
Total		1221	2415	